

Antrag der SPD-Fraktion vom 19.03.2012

Vorlagen Nr. 70/004/2012

öffentlich

Fachbereich: Umweltamt	Datum: 16.04.2012
------------------------	-------------------

Beratungsfolge	Termine	Art der Entscheidung
Ausschuss für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung	14.05.2012	

Fracking im Kreis Mettmann, hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 19.03.2012

Inhalt des Antrages:

Zum Inhalt wird auf den beigefügten Antrag der SPD-Fraktion verwiesen.

Anlass der Vorlage

Die SPD-Fraktion hat den als Anlage beigefügten Antrag zur Kreistagssitzung am 29.03.2012 gestellt. In der Kreistagssitzung wurden von der SPD-Fraktion Ergänzungen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. übernommen.

Der modifizierte Antrag wurde mehrheitlich in den Ausschuss für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung verwiesen.

Sachverhaltsdarstellung

Die Beratung in der Kreistagssitzung verlief ausweislich der Sitzungsniederschrift wie folgt:

„KA Münchow erläutert den vorliegenden Antrag seiner Fraktion. Es gehe – besonders im Hinblick auf die mit der CO-Pipeline gemachten Erfahrungen – darum, ein Signal zu setzen, auch wenn man sich bewusst sei, rechtlich nichts ausrichten zu können. Der Antrag habe daher eher den Charakter einer Resolution.

KA Gorris stellt fest, dass seiner Fraktion der Antrag nicht weit genug geht und spricht sich für ein Verbot des Frackings im Kreisgebiet aus. Er beantragt im Namen seiner Fraktion daher folgende Erweiterung des Beschlussvorschlages:

Der Kreistag fordert den Landrat auf, sich bei der Landes- und Bundesregierung für eine entsprechende Änderung des Bergrechts zur Möglichkeit des Verbots der unkonventionellen Erdgasförderung einzusetzen.

KA Völker macht deutlich, dass seine Fraktion zwar diese Form der unkonventionellen Erdgasförderung ablehnt, sieht derzeit jedoch keine Möglichkeit, den Landrat zu beauftragen und damit ein Ergebnis zu erzielen. Er spricht sich dafür aus, die Ergebnisse des seitens des Landes in Auftrag gegebenen Gutachtens abzuwarten.

KA Wedel wertet den Antrag als noch nicht beschlussreif und schlägt vor, den Antrag zu vertagen, bis das entsprechende Gutachten vorliegt. Er sieht derzeit keine Zuständigkeit des Kreises und keinerlei rechtliche Handhabe und spricht sich dafür aus, nach Vorlage weiterer Informationen verantwortungsvoll zu entscheiden.

KA Koester weist darauf hin, dass die Probebohrungen nicht unbedenklich sind. Seine Fraktion möchte daher auf eine juristische Prüfung der Möglichkeit auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zur Untersagung von Probebohrungen hinwirken und beantragt die folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages:

Der Landrat und die Kreisverwaltung werden beauftragt, alle rechtlichen und politischen Mittel gegenüber dem Regierungspräsidenten Arnsberg einzusetzen, um die genehmigten Probebohrungen der Wintershall AG im Kreis Mettmann zu unterbinden.

KA Schulte macht deutlich, dass die SPD-Fraktion als ursprünglicher Antragsteller die Ergänzungen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. übernimmt. Er sei sich bewusst, dass man kein effektives rechtliches Mittel habe. Der Kreis sei aber Träger öffentlicher Belange; die Abstimmung solle als Vorratsbeschluss gewertet werden.

KA Horzella spricht sich ebenfalls gegen das Fracking aus, bittet jedoch darum, den Antrag in den Ausschuss für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung zu verweisen.

KA B. Hoffmann äußert sich kritisch dazu, dass die Claims für die Genehmigungen abgesteckt wurden, ohne dass die entsprechenden Gebietskörperschaften beteiligt wurden.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass sich ein Bürger in dieser Angelegenheit an den Kreistag des Kreises Mettmann gewandt hat. Das entsprechende Schreiben ist der Niederschrift als **Anlage 6** beigelegt. Er macht deutlich, dass es derzeit keinen Zeitdruck gebe, da das Land Nordrhein-Westfalen ein Moratorium verhängt hat, solange das angesprochene Gutachten noch nicht vorliegt. Er informiert den Kreistag darüber, dass die Fa. Wintershall frühzeitig um einen Gesprächstermin gebeten hat, den er auch wahrnehmen wird. Landrat Hendele schlägt vor, empirisch zu arbeiten und eine Informationsveranstaltung zu organisieren, in der das Thema Fracking umfassend diskutiert werden kann. Hierzu könnten verschiedene Fachleute und die Firma Wintershall eingeladen werden. So könne man sich umfassend und abschließend eine Meinung bilden.

KA Münchow macht deutlich, dass seine Fraktion sich gegen eine Verweisung ausspricht und bittet um Abstimmung des erweiterten Antrages.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den Antrag auf Verweisung des ergänzten Antrages der SPD-Fraktion in den Ausschuss für Umweltschutz, Landschaftspflege und Naherholung.

Der Antrag wird mehrheitlich angenommen.

32 Ja-Stimmen CDU-Fraktion

18 Nein-Stimmen SPD-Fraktion

9 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

9 Ja-Stimmen FDP-Fraktion

4 Ja-Stimmen Fraktion UWG-ME

3 Nein-Stimmen Fraktion DIE LINKE.

1 Ja-Stimme KA Schneider

1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Somit erübrigt sich die weitere Abstimmung über den Antrag.“

Die Verwaltung verweist auf ihre Informationen zur unkonventionellen Erdgasförderung in der letzten Ausschusssitzung. Probebohrungen sind bisher noch nicht genehmigt worden.

Vor der Fachausschusssitzung sind Gespräche bei der Genehmigungsbehörde und mit der Erlaubnisinhaberin vorgesehen; über deren Ergebnisse wird die Verwaltung ergänzend mündlich berichten.

Anlage

Antrag der SPD-Fraktion vom 19.03.2012